



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN

KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT

Über 80 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet



Ultrafeinstaub: Landesregierung streicht Erforschung der Belastungen zusammen!

In der Pressemeldung vom 14.03.2025 zu den Ultrafeinstaub-Messungen in Kelsterbach teilt das „Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie“ nebenbei mit, dass damit „die temporären Messungen beendet“ werden. Damit torpediert die amtierende schwarz-rote Landesregierung ein weiteres Mal die Bemühungen, das genaue Ausmaß und die Wirkungen der überwiegend vom Luftverkehr ausgehenden hohen Belastungen mit ultrafeinen Partikeln in der Rhein-Main-Region genauer zu erfassen.

Während noch im „4.Bericht zur Untersuchung der regionalen Luftqualität auf ultrafeine Partikel“ des HLNUG die Anschaffung neuer Gerätschaften und eine Ausweitung des Meßprogramms angekündigt wurden, hat die neue Landesregierung seit ihrem Amtsantritt alle diesbezüglich noch nicht fest vergebenen Mittel zusammengestrichen.

Im Juli letzten Jahres wurde der zweite Teil des UFP-Projekts „SOURCE FFR“, der die gesundheitlichen Wirkungen der Belastungen mit ultrafeinen Partikeln untersuchen soll, auf weniger als ein Drittel des geplanten Umfangs gekürzt, obwohl wichtige Zusammenhänge wie die Wirkungen der besonders hohen Belastung auf dem Flughafen-Vorfeld oder die besondere Toxizität der von Flugzeugturbinen erzeugten ultrafeinen Partikel auf Drängen der Luftverkehrswirtschaft bereits vorher ausgeklammert worden waren. Noch weniger zu beauftragen, wäre gleichbedeutend mit einem völligen Verzicht auf eine Wirkungsstudie gewesen.

Mit der Beendigung des HLNUG-Meßprogramms wird aber auch der erste Teil von SOURCE FFR, die Belastungsstudie, die seit 01.04.2023 läuft, geschädigt. Diese Studie ist wie alle derartigen Studien dringend darauf angewiesen, dass die umfangreiche Modellierung, die die Immissionen ultrafeiner Partikel in der gesamten Region beschreiben soll, durch möglichst viele Messungen an unterschiedlichen Punkten des Modellierungsgebiets verifiziert werden kann. Da es im Projekt nur wenige eigene Messungen gibt, sind die HLNUG-Messungen ein wesentlicher Bestandteil dieser Verifizierung. Ihre Ausweitung wäre ein wichtiger Beitrag gewesen

Insgesamt wird deutlich, dass die schwarz-rote Landesregierung, allen voran der zuständige Minister Mansoori, die „Stärkung des Flughafenstandorts“ insbesondere auch dadurch erreichen will, dass die vom Flugbetrieb ausgehenden Belastungen verharmlost und vertuscht werden. Während Lärm und Schadstoffemissionen durch zunehmenden Verkehr, auch in der Nacht, weiter wachsen sollen, wird die Bevölkerung einerseits auf angebliche „technologische Fortschritte“ bei Flugzeugbau und Kraftstoffen vertröstet, andererseits über die realen Gesundheitsgefahren im Unklaren gelassen. Von der Klimazerstörung durch den Flugverkehr soll ohnehin niemand mehr reden.

Gesundheits-, Umwelt- und Klima-Schutz sind aber nur möglich, wenn der Flugverkehr auf das absolut notwendige Minimum reduziert wird. Auf dem Weg dorthin müssen Flugverbote ausgeweitet (auf die gesetzliche Nacht von 22 – 6 Uhr, auf Kurzstreckenflüge und Privatjets) und die derzeitigen fossilen Treibstoffe entschwefelt, im Aromatengehalt reduziert und so schnell wie möglich durch alternative Treibstoffe ersetzt werden.

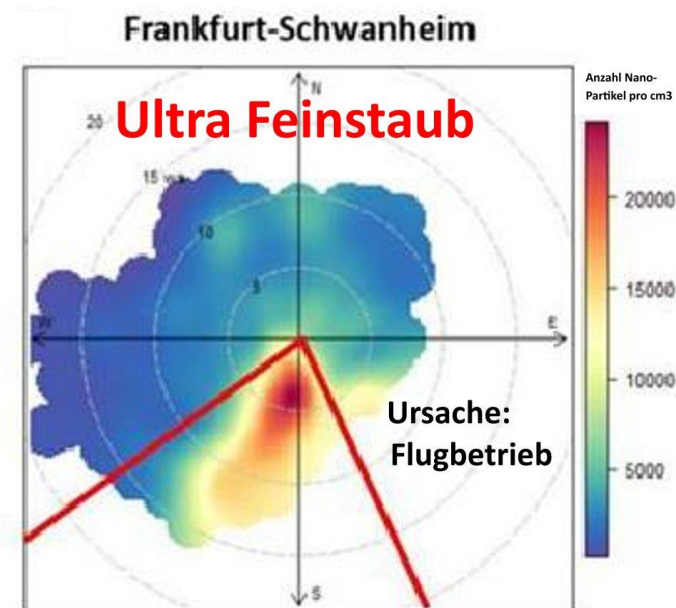
Das „Bündnis der Bürgerinitiativen - Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“ (BBI), ist ein Zusammenschluss von mehr als 80 Initiativen. Das Bündnis streitet für die Wiedergewinnung und den Erhalt der Lebensqualität der Menschen im Rhein-Main-Gebiet. Es setzt sich für die Schaffung einer lebenswerten Region ein und fordert den Schutz der Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs und erklärt sich solidarisch mit allen von Verkehrslärm und Schadstoffbelastung betroffenen Menschen. Das Bündnis fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit der Mobilität. Die gemeinsamen Ziele sind:

- Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region.
- Kein Terminal 3 – sofortiger Baustop!
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger.
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen.
- Verringerung der Flugbewegungen zur Reduzierung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet.
- Stilllegung der Landebahn Nordwest.

Kontakt: Monika Wolf, Berthold Fuld, Knut Dörfel, Michael Flörsheimer, Bündnissprecher*innen
Email: sprecher@flughafen-bi.de
Mobil: 015789683516

BBI Bündnis der Bürgerinitiativen, eMail: buero@flughafen-bi.de

Bankverbindung: VR-Bank Bad Orb-Gelnhausen IBAN DE81 5079 0000 0006 7852 98 BIC GENODE51GL
www.flughafen-bi.de



Messwerte, Belastungen und welcher Schutz?

Dr. Diana Rose Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie

Dr. med Stefan Hensler BI Schwanheim/Goldstein

Michael Forst Redakteur, Moderation

Informationsveranstaltung

am 19. März 2025 um 19:00 Uhr

Martinusgemeinde Schwanheim

Martinskirchstr. 52b

